



ungsteuer nicht eingehen werden. In dieser Erklärung halten wir durchaus fest, und ich kann nicht anerkennen, daß dieser Antrag mit der Kotierungssteuer im wesentlichen identisch sei. Es handelt sich auch nicht mehr um eine Steuer dafür, daß ein Papier an der Börse notiert wird. Es handelt sich um eine ganz andere und vor allem um eine viel geringere Belastung. Die schweren Schäden, die eine solche Belastung herbeiführen könnten, werden vermieden, der vorstehende Antrag vollstommen. Wir haben uns streng darauf gehalten, daß der Umsatztempel nicht in einer unangemessenen Weise erhöht wird. Endlich haben wir darauf bestanden, daß der Stempel für Obligationen ausländischer Staaten und Korporationen nur in beschränkter Weise erhöht wird. Wir müssen entscheiden, ob wir darauf legen, daß es unserer Börse nicht unmöglich gemacht wird, sich an Emmissionen fremder Staaten und Korporationen zu beteiligen. Wir wollen nicht, daß der Einfluß unserer Industrie im Ausland und damit unser gelernter politischer Einfluß geschwächt wird. Wir müssen sagen, daß es gelungen ist, die bisherigen Reichsstaatsbeschlüsse einer wesentlichen Korrektur zu unterziehen. Gegen den letzten Antrag sprechen jedoch nicht mehr die Bedenken, die die verbündeten Regierungen gegen die bisherigen Beschlüsse hatten. Die ziffermäßige Belastung durch die Talonsteuer würde sich etwa folgendermaßen stellen: eine Gesellschaft, die 1 Million Aktienkapital hat, und 3 Proz. Dividende verteilt, also 30 000 Mark an Dividende zahlt, hätte jedes Jahr 1000 Mark an Stempel zu entrichten. Denn die Sache wird sich doch meistens so entwickeln, daß die Gesellschaft wie für andere Ausgaben auch für die Talonsteuer Rücklagen machen, und der dafür nötigen Betrag allmählich anbringen wird. Ermüßigt ist die neue Belastung natürlich nicht. (Sehr richtig! links.) Aber sie muß eben getragen werden. (Sehr richtig! links.) Das „Berliner Tageblatt“ schreibt am Handeltel über die Talonsteuer: „Die Börse zittert, wenn die Börse nicht unglücklich an (Sehr richtig! rechts), weil die bestirzte Umsatztsteuer in Frankfurt kommt. Und in einem zweiten Artikel wird gesagt: „Wohl man den Grund der neuen Anträge charakterisieren, so muß man sagen: es hätte auch schlimmer werden können.“ (Große Heiterkeit!) Die verbündeten Regierungen haben gegen die vielen beschriebenen Projekte, die in Aussicht kamen, nachhaltigen Widerstand geleistet. Das sollte auch von der Börse anerkannt werden.

Darüber bin ich dem Hrn. Weber, daß er für die Befreiung der Staatspapiere von der Steuer eintritt. Wir sind im Reiche in der Kürsorge für unsere Staatspapiere weit zurückgeblieben hinter andere Staaten, wie z. B. England und Frankreich. Das Gros unserer Reichsanleihe befindet sich in privaten Händen, und wenn sich eine günstige Gelegenheit bietet, das Kapital in anderen Papieren anzulegen, so werden die Staatspapiere in großen Massen an den Markt geworfen. Wir haben als allen Anlaß, den Kurs unserer Staatspapiere zu heben. Wenn wir das wollen, dürfen wir uns nicht der Kräfte bedienen, die das für sich tun, und das ist die sogenannte Kräfte, die ihre ausgleichende Tätigkeit einstellen müßte, wenn ihr ein erheblicher Umsatztempel aufgebürdet würde. Ich hoffe deshalb, daß sich das Haus für die Befreiung der Staatspapiere von der Steuer erklären wird. Ich kann nur nochmals betonen, daß wir diesen Weg der Befreiung des mobilen Kapitals nicht gerne gehen. Da aber die Erbschaftsteuer abgelehnt ist, so bleibt den verbündeten Regierungen, da sie eine Finanzreform zustande bringen wollen, nichts anderes übrig. Der Weg ist gangbar und da sich ein andere Ausweg nicht bietet, werden wir ihn gehen müssen, wenn wir unser Ziel erreichen wollen. (Vehemente Zustimmung rechts.)

Präsident des Handelsministers Dr. Delbrück wendet sich gegen den Antrag Speer, der auch alle diejenigen Talons befreit, die für Rechnung ausländischer Besitzer ins Land eingeführt sind. Dabei handelt es sich um Talons von Papieren, die nicht im Land gehandelt werden, und die heute vielleicht ins Land herbeikommen, um morgen wieder hinauszufliegen. Diese Talons zu befreien, wäre insonderlich und ungerath. Außerdem würde sich die Einführung dieser Wertpapiere der Kontrolle der Behörden entziehen. Das würde nur die Folge haben, daß der Besitz an ausländischen Papieren in noch größerem Maße als bisher im Ausland und nicht im Inlande angelegt wird. Aber über diese Befreiung unserer finanziellen Macht sehr viel mehr auch im Inlande liegen und nicht in den Deposits eines unter Umständen feindselig gestimmten Landes. Ich kann jedenfalls nur dringend bitten, den Antrag Speer abzulehnen. Es ist von meinen Kollegen bereits ausgeführt worden, daß wir uns nur nach schwerem Bedenken entschließen haben, um die Finanzreform nicht scheitern zu lassen, diesen in mancher Beziehung höchst mangelhaften Steuerprojekten zuzustimmen. (Vehemente Zustimmung links.) Erwidern Sie uns die Situation nicht dadurch, daß Sie uns immer weiter zu Konzeptionen zu drängen suchen, die wir mit unserem Gewissen nicht vereinbaren können. (Beifall rechts.)

Hr. Mommsen (fr. Bgg.): Ich glaube, die verbündeten Regierungen haben in den letzten Wochen ihr Gewissen schon über das nötige Maß hinaus befreit. (Sehr richtig! links.) Es handelt sich um einen billigen Umfaß der verbündeten Regierungen. Darüber können Sie nicht hinweg. (Vehemente Zustimmung links.) Der preussische Finanzminister hat hier eine so kräftige Rede gegen die Talonsteuer gehalten, daß ich von meinem Standpunkt aus sie nicht besser halten könnte. Wir haben natürlich keinen Grund, der neuen Mehrheit dabei beistimmen zu sein, die Steuer zu verbessern. Wenn ich doch hätte, brauchte ich doch die Reden der Herren Spöhr, Rheinboldt, Delbrück und Havensleben über die Kotierungssteuer hier zu verlesen. Die treffen auf den heutigen Fall genau zu. Als damals die Kotierungssteuer kam, da haben die Sozialdemokraten sich gleich gesagt, man wird der Sache einen anderen Namen geben, man wird die Sache etwas herunter setzen, und wird dann dasselbe Ding unter anderem Namen bringen. Dann brauchen die verbündeten Regierungen ihr Unannehmbar nicht zurückzunehmen, denn es ist in keine Kotierungssteuer. Tatsächlich ist es so gekommen.

Beim Effektenstempel sind gerade wir in allen Stadien für die Regierungsvorlage eingetreten. Anstatt das anzuerkennen, macht man uns noch Vorwürfe. (Heiterkeit und sehr gut! links.) Aber so wird heute Politik gemacht! Wir für eine Regierungsvorlage eintritt, wird beiseite geschoben. (Heiterkeit.) Als scheinbar die Erhöhung des Effektenstempels angesetzt wurde, habe ich Herrn von Camp gesagt: Wir bringen beides, die Kotierungssteuer und den erhöhten Effektenstempel. Jetzt haben wir die Befreiung. Je mehr Sie den Effektenstempel erhöhen, desto mehr arbeiten Sie für eine Konzentration im Bankwesen. Am

schlimmsten fähbar machen wird sich die Erhöhung des Stempels für die Renten der öffentlichen Korporationen. Der Stempel soll von 2 pro Mille auf 5 pro Mille erhöht werden. Diese Erhöhung tragen nicht die Pfandbriefinstitute und nicht die Kommunen, die Erhöhung tragen die Einwohner. (Sehr richtig! links.) Ist das wirklich noch eine Verbesserung des Vermögens? Nun und nimmer. Derjenige trägt die meisten Steuern, der die meisten Schulden hat. (Sehr richtig! links.) Die Talonsteuer entpricht wohl ebenso wie die Kotierungssteuer dem Haupt des Herrn Müller-Gulda. Ich wundere mich gar nicht, daß er sich für dieser Vaterpflicht nicht bekennt, denn viel freude wird er an diesem Rinde nicht erleben. (Sehr gut! links.) Wir haben es hier nicht um eine Befreiung, sondern mit einer Gewerbesteuer für die Aktiengesellschaften, Bankgesellschaften und Hypothekendarlehen zu tun. Bisher hat das Reich Gewerbesteuer nicht zu seiner Kompetenz gerechnet. Die Einzelstaaten müßten sich hier doch mit Sünden und Hüfen gegen eine solche Gewerbesteuer wenden. Erste Forderung bei einer Steuer ist, daß klar ausgeprochen wird, wer die Steuer trägt. Es ist mir nichts weiter als eine besondere Steuer aller derjenigen Korporationen, die amgenemten sind zur Erfüllung ihrer Aufgaben an den Kapitalmarkt zu appellieren. Ich sage sehr wenig in die finanzielle Selbständigkeit der Einzelstaaten, wenn das Reich hier anfängt, Gewerbesteuer zu erheben. Der ganze Stempel ist nichts als ein Vorwand. Der Redner erörtert die Verhältnisse der ausländischen Papiere unter der Talonsteuer. In der kurzen Zeit, in der die Talonsteuer geschaffen worden ist, konnten überhaupt nicht die Unterlagen dafür beschafft werden. (Hr. Freiherr von Camp nickt.) Freiherr von Camp gibt es zu. So werden also Gelege gemacht! Phantasie ist nur die Unterlage dieser Gelege. Amerikanische Papiere werden ausgegeben mit allen Coupons für die ganze Laufzeit. Da ist kein Talon dran. Wie soll es da gemacht werden? Alles zweifelsfrei! Die Pfandbriefinstitute werden am schwersten unter dieser Steuer zu leiden haben. Sie können die Steuer nicht abwälzen. Der Hr. Bärwinkel hat deshalb den Antrag gestellt, alle mündelbaren Papiere frei zu lassen und wir werden, wie für jede Erbschaftsteuer auch für diesen Antrag stimmen. Im allgemeinen kann ich der Mehrheit nur sagen: fahren Sie mit dieser Gelegemacherei fort. Sie werden eines Tages noch Ihre Freude daran erleben. (Vehemente Beifall links.)

Hr. Singer (Soz.): Sächsisch werden wir die Mehrheit doch nicht überzeugen. Es handelt sich bei diesem Antrage um eine Fiskalerei allerersten Ranges. (Sehr richtig! links.) Die Talonsteuer stammt dem Gedanken nach nicht von der Mehrheit, der Kombination nach aber stammt sie von der Regierung. (Hr. Franz nickt.) So schließt ich bei Heiterkeit.) Der beste Beweis für die unerhörte Fiskalerei der Kommission ist die Tatsache, daß die Mitglieder der Kommission hier im Plenum nach Ausführungen vom Bundesrat sich für die Erhöhung der Talonsteuer nicht entschieden haben. (Sehr richtig! links.) Nach allen Richtungen hin scheint die Mehrheit also die Intention zu haben, nicht zu entscheiden. Die Talonsteuer, wie sie am vorstehenden ist, ist die verbündeten Regierungen. Was soll die Regierung, die die Mehrheit in mancher Beziehung zu bereitwillig entgegenkommen ist, um Dante nicht auch dieser Mehrheit einige Geheime zur Anarbeitung von Steuererlagen zur Verfügung stellen. (Heiterkeit und sehr gut! links.) Bei dieser famosen Steuer wird der Familienbesitz völlig frei gelassen, denn die Aktien der großen Familien, Krupp, Stum ufm. werden gar nicht ausgegeben. Es ist also eine Steuer ungleich bestimmter Kategorien. Die Steuer ist der ganzen Finanzreform würdig. Abgegeben für die Rechte vor eben der Standpunkt, nur möglichst das immobilisierte Kapital zu schonen, wird keine diese Steuer ab. (Beifall bei den Soz.)

Hr. Fr. v. Camp (Fr.): Herr Singer hat uns nichts Neues gesagt, wir wußten bereits, daß er sämtliche Vorlesungen ablehnen würde. Nachdem die Erbschaftsteuer abgelehnt war, und die Regierung von einer Einkommen- und Vermögenssteuer nichts wissen wollte, mußten wir nach neuen Steuern suchen. Wir glauben, daß diejenigen, die wir Ihnen vorbringen, zu Bedenken keinen Anlaß geben. Ihre Behauptung, daß die Immobilien gehort werden sollen, ist ganz hinwiegend. Wir haben doch einen Immobilienstempel dabei, der 40 Millionen bringen soll, und der in absehbarer Zeit durch eine Wertzuwachssteuer ersetzt werden soll. Der Grundbesitz wird also ganz erheblich herangezogen. Ich wundere mich, daß Herr Singer gegen die Umfassender Bedenken hat. In Berlin ist sie ja auch eingeführt. Warum löst Herr Singer, der ja in der Stadtverordnetenversammlung sitzt, nicht dafür, daß sie abgelehnt wird, wenn er sie für bedenklich hält. (Sehr richtig! rechts.) Warum sollen wir sie denn nicht für das Reich einführen? Die Behauptung der Herren von der Unterseite, daß darin, daß die vorgeschlagenen Steuern im Grundbesitz sich mit der Kotierungssteuer decken. Das ist durchaus nicht der Fall. Der nationalliberale Antrag auf eine Dividendensteuer hat viel mehr Ähnlichkeit mit der Kotierungssteuer als unsere Vor schläge. Die Aktien der Deutschen Bank haben zum Beispiel einen Kursstand von 240. Die Kotierungssteuer würde für sie 240 Mark betragen, die Dividendensteuer genau ebensoviel. Der Redner führt eine Reihe von Beispielen an, wonach die Dividendensteuer noch schärfer wirken würde als die Kotierungssteuer. Ich bedauere, daß man die Stempelsteuer auf die Staats- und Reichspapiere abgelehnt hat. Die zwei Zehntel Prozent hätten ruhig erhoben werden können. Das würde den Kurs unserer Staatsanleihen nicht geschädigt haben. Ich bedauere gewiß den niedrigen Kurs der Reichs- und Staatspapiere. Aber Schuld daran ist die dauernde Unzuverlässigkeit in Preußen, in den anderen Einzelstaaten und im Reich. In Italien haben z. B. die Staatsanleihen an pari, weil man dort dasam gewöhnlich hat und seit Dezemien keine Anleihen an den Markt gebracht worden sind. Wir sollten uns die italienische Unzuverlässigkeit zum Vorbild nehmen. Je mehr wir aber bei uns die ausländischen Anleihen begünstigen, desto mehr drücken wir den Kurs der einheimischen herunter. Warum sollen die Mündelgebeher steuerfrei gemacht werden? Wir sind doch gerade auf dem Wege, eine Kapitalrentensteuer einzuführen. — Herr Weber sprach von seiner Tante. (Heiterkeit.) Wir hat noch eine Tante Geld geschickt. (Heiterkeit.) Ich würde mir aber, wenn das einmal gegeben würde, nicht den Kopf über den Umsatztempel zerbrechen, sondern ihn einfach bezahlen. (Erneute Heiterkeit.) Nur schwer können wir uns entschließen, dem Kurs der Regierung nachzugeben, und die Staatspapiere frei zu lassen. Der mündelbaren Papiere dürfen aber keineswegs frei bleiben. Warum sollen diese Papiere nur den kommunalen Papieren einen Vorzug haben. Es ist ja sehr leicht, einen Spezialfall zu konstruieren, der besonders traurig aussieht, der aber nur alle Jubeljahre einmal vorkommt. Darauf können wir im Gesetz keine Rücksicht nehmen. Wir haben den richtigen Weg eingeschlagen, wir haben die Grundbesitzsteuer, das übrige überlassen wir der Praxis. (Sehr richtig! rechts.) Nun sind hier eine ganze Reihe von Fragen gestellt worden. Ich muß dabei an ein gewisses Sprichwort denken, das ich aber aus Voricht nicht erwidern will. (Heiterkeit.) Wir empfehlen mit gutem Ge-

wissen die Steuern zur Annahme. Wir glauben damit unsere Aufgabe richtig erfüllt zu haben. (Beifall rechts.)

Reichsbankpräsident v. Herzfeldt: Jede Belastung, die Sie auf den Verkehr mit ausländischen Werten im Inlande legen und die höher ist als die Stempel, ist in unseren großen Nachbarländern auf diesem Verkehr bezahlt, schwach ungewisslich die Konturenfähigkeit unserer nationalen Marktes, und gerade aus diesem Grunde wollen wir den Effektenstempel auf ausländische Obligationen von 2 Proz. auf 1 Proz. herunterziehen, wie die verbündeten Regierungen vorgeschlagen haben und wie der Satz in England ist. In diesem Zusammenhang will ich auch noch darauf aufmerksam machen, daß unsere Konturenfähigkeit hier bereits einer anderen Gefahr begegnet und noch dadurch geschwächt wird, daß der Zinsfuß bei uns infolge des geringeren allgemeinen Reichtums, infolge des starken wirtschaftlichen Aufschwungs, infolge der starken Bevölkerungszunahme regelmäßig durchschnittlich höher liegt als in unseren Nachbarländern England und Frankreich, daß deshalb auch der Kurs gleich verhältnisförmig Werte in England und Frankreich etwas höher liegen muß als bei uns, und daß deswegen an sich auch die großen Nachbarländer es ertragen können, wenn sie den Effektenstempel höher nehmen als wir bei uns, weil sich durch den Kurs das wieder ausgleicht. Nicht aber umgekehrt dürfen wir die Stempelbelastung höher nehmen als es z. B. England hat. Das würde auf unseren Markt außerordentlich schädlich wirken und auch auf unsere Konturenfähigkeit. Wenn der Stempel bei den ausländischen Papieren tatsächlich einen verhältnismäßig geringen Ertrag liefert, so ist das ein Minimum gegen den Verlust, der eintreten würde durch Auswanderung des Kapitals. Deswegen möchte ich Sie bitten, den Antrag Speer abzulehnen.

Hr. Raupf (fr. Bp.): Gegenüber den Ausführungen des Freiherrn v. Camp möchte ich mir denn doch die Frage erlauben: warum nennt Herr denn die Reichseinkommen- und die Reichsvermögenssteuer, die für doch selbst für die beste und gerechteste erklärt, nicht sofort an, warum müssen wir uns erst mit einzelnen sogenannten Besitzstücken abquälen, die die allergrößten Ungerechtigkeiten mit sich bringen, wenn wir schließlich doch zu der einen großen Finanzreform kommen müssen, die begründet ist auf einer Reichsvermögens- und Reichseinkommensteuer? (Vehemente Zustimmung links.) Zu dem vorliegenden Entwurf muß ich bemerken, daß ich, als ich ihn gestern zum ersten Male las, offen gestanden, mich fragte, wenn ein Preis ausgeprochen worden wäre, um einen Steuererhöhlug zu machen, wie er nicht sein soll, dann hätte der Verfasser dieses Entwurfs den Preis jedenfalls verdient. Mit dieser Auffassung entferne ich mich nicht sehr weit von der Ansicht der Vertreter der verbündeten Regierungen, von denen zwei hervorgehoben haben, wie schlecht eigentlich dieser Entwurf sei, und wie man nur mit allergrößten Bedenken ihm zustimmen könne. Es sind, um diesen Entwurf zu charakterisieren, drei verschiedene Entwürfe von Steuern angegeben worden. Die einen halten ihn für eine Stempelsteuer, die anderen für eine Besitzsteuer, und Freiherr v. Camp meint einfach, wir wollen alle zehn Jahre etwas von den Aktiengesellschaften haben. Ich glaube, es ist eine Besitzsteuer in der allerunvollkommensten Form. Durch diese Talonsteuer wird die allergrößte Unbilligkeit in das Gesellschaften gebracht. Nun hat sich Herr v. Rheinboldt auf eine Aeußerung im „Berliner Tageblatt“ berufen, in der es heißt: es hätte noch schlimmer kommen können für die Börse. Der Börzenhandel wird nun allerdings durch diese Steuer nicht schwer getroffen. Er wird vielleicht sogar Vorteile daraus ziehen. Denn für den Fall, daß die Steuer auf die Zinsscheine der Wertpapiere abgewälzt wird, wird an diese alle paar Jahre die Frage herantreten, soll ich, wenn die neuen Coupons ausgegeben werden, die Steuern auf mich nehmen, oder tue ich nicht besser, meine Wertpapiere zu verkaufen und andere zu kaufen, die erst in acht bis neun Jahren zur Befreiung gelangen. Zu Bedenken ist auch, daß die Steuer in erheblichem Maße umgangen wird. Ich bin überzeugt, daß das ganze unglückliche System der Aneinanderreihung von Steuerprojekten, wie es jetzt besteht, nur auf Verlust von wenigen Jahren uns in dieselbe traurige Lage bringen wird, in der wir uns gegenwärtig befinden. Dann wird hoffentlich Herr v. Rheinboldt mehr begreifen, eine Reichseinkommen- und eine Reichsvermögenssteuer mit uns zu beschließen und damit eine feste Grundlage für unsere Finanzen zu begründen. (Vehemente Zustimmung links.)

Hr. Speer (Str.): Ich habe gleich bei meiner ersten Rede auf die Schwierigkeiten hingewiesen, die bezüglich der Sanierung der auswärtigen Wertpapiere durch Talonsteuer bestehen. Ich kann es aber nicht billigen, daß diese ausländischen Papiere, wie aus den Ausführungen des preussischen Handelsministers und des Herrn Bankpräsidenten hervorgeht, überhaupt nicht steuerlich erfasst werden. Ich bitte Sie deshalb, vorerst meinen Antrag in dieser Weise aufzunehmen; so daß wenigstens bis zur dritten Lesung sich ein Weg finden, und dieser Schwierigkeiten Herr zu werden. Dann kann ja mein Antrag entsprechend umgestaltet werden.

Hr. Dode (fr. Bgg.): Der Standpunkt der verbündeten Regierungen ist der: die neuen Steuern sind zwar nötig, aber wir brauchen Geld. (Sehr richtig! links.) Die wirtschaftlichen Schwächen, die die neuen Steuern ankünden, beschränken sich nicht auf die Steuererhebung. Ich verweise auf die große Benutzbarkeit, die sich aller Industriezweige bemächtigt hat. Es werden keine langfristigen Verträge mehr abgeschlossen, denn jeder fragt sich: wann kommen wir heran? (Sehr richtig! links.) Bei der Talonsteuer weiß kein Mensch, wer sie zu zahlen hat. Gewiß, bei der Bier- und Tabaksteuer kann man das auch nicht genau sagen. Hier aber handelt es sich doch darum, wer rechtlich verpflichtet ist, die Steuer zu zahlen. (Sehr richtig! links.) Das muß doch zum Ausdruck gebracht werden. Herr Camp meinte, das mobile Kapital habe ein größeres Interesse an der Sanierung der Reichsanleihen und müsse daher zahlen, als das immobilisierte Kapital. Ich glaube bisher, an der Sanierung der Reichsanleihen hätten wir alle ein Interesse. (Sehr richtig!) Deshalb sollten auch alle Kreise zur Übernahme der Lasten bereit sein. (Beifall links.)

Damit schließt die Diskussion. Die freistimmigen Anträge auf Ermächtigung einiger Sätze werden gegen die Stimmen der Linken abgelehnt. Das Inkrafttreten der neuen Sätze wird auf Antrag Freiherr von Camp (Fr.) am 1. Oktober 1900 auf den 1. August 1900 zurückgeführt. Der Antrag Bärwinkel auf Steuerfreiheit aller mündelbaren Papiere wird abgelehnt. Die Talonsteuer wird in namenhafter Abstimmung mit 222 gegen 184 Stimmen angenommen. Der Rest wird unverändert angenommen. Die Schlußfeier.

Nach Art. 2 werden Sätze, mit Ausnahme des Fünftels, und Auflagen ihrer Auszahlungen aus dem Guthaben des Reichsellers eines Schecks mit 10 Proz. vom einzelnen Stück befreit. Berichterstatter Graf Westphal (son.) erstattet eingehenden Bericht über die Verhandlungen der Kommission.

Hr. Singer (Soz.): Wir könnten darauf verzichten, auf diese, wie ich glaube, bereits tote Steuer einzugehen. Wir haben erst kürzlich der Sätze

erfahr auf rechtliche Grundlagen gestellt und geholt, dadurch diesen Bereich weiter auszugliedern. Die Scheidener aber muß jede Ausweitung des Bereiches hemmen. Die Scheidener ist aber auch deshalb unannehmbar, weil sie mechanisch ohne Rücksicht auf die Höhe des Betrages alle Scheids mit derselben Steuer belegt.

#### Vgl. Rämpf (fr. Sp.):

Bei dem Stempel auf Feuerversicherungs-pölicen haben die verbundenen Regierungen gelagt, das das verdrängte Objekt einen ungewöhnlichen Anhalt bietet für den Vermögensstand jedes einzelnen. Wenn diese Behauptung richtig wäre, dann verstiehe ich nicht, weshalb die verbundenen Regierungen sich so sehr dagegen sträuben, eine allgemeine Vermögenssteuer im Deutschen Reich einzuführen, die mit Sicherheit einen zuverlässigen Anhalt des Vermögens bringen würde. Aber die Behauptung der verbundenen Regierungen ist auch nicht richtig. Es würde ja nur derjenige Teil des Eigentums getroffen werden, der verdrängt ist, aber nicht der nichtverdrängte. Deshalb ist es ganz unmöglich, eine Steuer auf Feuerversicherungs-pölicen einzuführen. Was die Scheidener anbetrifft, so muß ich auf die Bewegung hinweisen, die seit einem Jahre sich in Deutschland aus der Einführung des Scheids geltend machen. Im dem Entwurf des Scheidgesetzes ist von den verbundenen Regierungen damals ausdrücklich darauf hingewiesen worden, daß die Einführung des Scheidverkehrs nur dann in großem Umfange stattfinden könne, wenn darauf verzichtet würde, fiskalische Einnahmen aus dem Scheidverkehr zu ziehen. Man hat hingegen darauf, daß trotz des Scheidgesetzes seitens der Kreditgenossenschaften noch viel in der Gange wäre. Die dem Mangel wird nicht dadurch abgeholfen, daß man auf den Scheid einen Stempel drückt, sondern dadurch, daß man die Kreditgenossenschaften und ihre Kunden zur Verwendung der Scheids erzieht.

Wenn die Reichsbank mit ihren zahlreichen Nebenstellen sich zur Anfallstelle für Scheids machen würde, dann könnte er einen Umfang annehmen, wie es in keinem anderen Lande der Fall ist. Neben den großen Hauptstellen, die eine Scheidsteuer im allgemeinen hat, ist es ganz besonders die Quittungssteuer, die unheimlich entsetzlichen Widerpruch hervorruft. Die Forderung in dem Entwurf ist eine derartige, daß einfach auf jede Quittung eine Steuer eingestrichelt wird. Sie heißt wenn ein Käufer einem auswärtigen Käufer an demselben Gute einen Kauf überträgt, und der Verkäufer in einem Briefe den Empfang des Geldes bestätigt, so müßte dieser Brief auch einer Stempelung unterliegen, denn auch er ist eine Quittung über die Auszahlung aus dem Bankguthaben. Es scheint fast, als ob man auf diese Weise ganz unzulässig einen allgemeinen Quittungsstempel einführen will. (Beifall bei Reichsbankpräsidenten.)

#### Reichsbankpräsidenten:

Ich bin mit dem Vorschlag in der Bemerkung des Scheidverkehrs durchaus einverstanden. Aus diesem Gesichtspunkt heraus haben auch die verbundenen Regierungen bisher immer davon abgesehen, den Scheidverkehr mit einer Steuerfracht zu belegen. Nach den Erfahrungen der letzten Jahre aber halten sie den Zeitpunkt für gekommen, in dem es wenigstens zulässig ist, ohne eine merkliche erste Gehörung der Einführung des Scheidverkehrs den Scheid, wie es in allen anderen Staaten bereits geschehen ist, mit einem kleinen Stempel zu belegen. Der Scheidverkehr hat sich so eingebürgert und der Postverkehr ist so über alle Erwartungen hinaus gewachsen, daß ein kleiner Stempel die Einführung nicht anfechten kann.

#### Vgl. Dr. Weber (rtl.):

Auch nach diesen Ausführungen kann ich meine Zustimmung zu der Einführung eines Scheidstempels nicht geben. Der Scheidstempel würde gerade die kleinen Banken treffen. Von den kleinen Banken in der Provinz holen sich Handwerker und Beamte kleine Beträge von 20 bis 30 Mark ab, und dieser Verkehr würde gelähmt werden. Der Stempel trifft also nicht die Millionen- und Großkapitalisten, sondern die kleinen Leute. Im Ausland sind die Verhältnisse ganz anders. Sie erinnern die Mehrheit an die große Debatte, die wir auf Grund der Interpellation des Grafen Kanik im vorigen Jahre gehabt haben. Was ist da da gegen die verbundenen Regierungen darauf hingewiesen worden, daß in Deutschland noch zwei Felder und Äcker in den Tälern der Leute müde sind. Das sind hier die Tälern der kleinen Leute. Diese rechnen mit 10 Pfennigen. Wir wollen nicht dazu beitragen, die gesunde Entwicklung des Geldverkehrs aufzuhalten. (Beifall links.) Damit schließt die Diskussion. Der Antrag der Mehrheit (Bankguthabenguthabensstempel) wird angenommen, ebenso das ganze Gesetz in namentlicher Abstimmung mit 217 gegen 181 Stimmen bei 2 Enthaltungen. Das Gesetz tritt am 1. August in Kraft.

### Das Finanzgesetz.

Die Mehrheitspartei beantragt, die gestundeten Matrifikularbeiträge des Jahres 1906 bis 1908 den Einzelstaaten zu ersetzen. Die Matrifikularbeiträge sollen auf Rechnung des Reiches übernommen und auf Antrag bezahlt werden. Die Nationalliberalen beantragen statt dessen, daß das Reich diese Matrifikularbeiträge auf Anleihe übernehme, aber den Einzelstaaten nur weiter fänden und sie zu prozent. Tilgung verpflichten soll. Zum Finanzgesetz liegt weiter ein Antrag Spöck (Str.) vor, der den süddeutschen Staaten ein ausdrückliches Referat in Bezug auf die Einnahmen aus der Branntweinsteuer geben will. Ohne ihre Zustimmung soll die Vorkehrung des Finanzgesetzes, daß die Reineinnahme aus der Branntweinverkaufsteuer nach dem Maßstabe der Matrifikularbeiträge zur Verteilung kommt, nicht geändert werden dürfen.

#### Preussischer Finanzminister Spöck:

Ich bedauere, daß es nicht gelungen ist, eine Verständigung zwischen den verbundenen Regierungen und dem Reichstage hinsichtlich der Bindung der Matrifikularbeiträge zu erzielen. Ich weiß sehr wohl, ich könnte mich Entgegensetzungen erheben und könnte doch keinen anderen Beschluß herbeiführen. Aber die Parteien ist von so großer Bedeutung, daß ich doch mit einigen Worten darauf zurückkommen möchte. Der ganze Plan, der uns nun schon seit Monaten beschäftigt, ist getragen von der Ansicht, die Finanzen des Reiches wieder auf festen Fuß zu stellen, gleichzeitig aber auch von der Ansicht, endlich einmal zwischen den Einzelstaaten und dem Reich die Verbindnisse zu lösen. Wir bedauern es, daß dieser zweite Plan keine Aussicht auf Verwirklichung hat. Wir sind der Ansicht, daß eine derartige klare Scheidung sowohl im Interesse des Reiches als der Einzelstaaten liegt. Das eine ordentliche Finanzregierung auf das sicherste zu erreichen wird, wenn eine Überleitung über die Einnahmen nicht zu erreichen ist, liegt auf der Hand. Es ist im Interesse einer parlamentarischen Finanzverwaltung gelegen, wenn es unabweisbar feststeht, daß den Einnahmen feste Grenzen gezogen sind und daß über die vorhandenen Einnahmen hinaus Mittel nicht zur Verfügung liegen. Wir hoffen deshalb, daß, wenn auch nicht jetzt, so doch künftig eine Verständigung erzielt wird.

#### Vgl. Dr. Pasche (natl.):

Es wäre sehr bedauerlich, jetzt am Schlusse der Finanzreform einen Rückschlag zu haben, aber das, was in den letzten Wochen geschehen ist, die Abstimmungen sind ganz anders geworden, und auch die Abstimmungen haben sich geändert. Man muß sich wun-

bern, weshalb ein Umsturz der Ansichten eingetreten ist. (Beifall Zustimmung links.) Wenn ich doch bedenklich, mit welchem Eifer die Herren dem Zentrum den Bedarf von 500 Millionen herabzubringen verlusten und allenfalls 300 Millionen wollten, so verhält es sich anders, wenn sie jetzt noch Absichten herausbringen, die zur Verteilung gebracht werden sollen. (Beifall Zustimmung links.) Von einer Reform ist überhaupt nicht mehr die Rede. Es kommt den Herren nur darauf an, die Reichsfinanzen aufzufüllen. Man könnte jetzt geradezu bei den Universitäten parieren und die Professoren für Finanzprojekte abschaffen. Denn sie sind überall genehmigt, die ja Steuerprojekte aus allen Teilen der Welt herbeigetragen werden. (Beifall. Geht auf.) Der oberste Grundlag der steuerlichen Gerechtigkeit ist ganz außer acht gelassen worden. Die Regierung nimmt das Geld, das sie kriegen kann. Sie macht zwar ein lautes Geräusch dabei, aber sie nimmt es. Der Redner begründet den Antrag seiner Partei. Den Antrag der Mehrheitspartei lehnt er ab.

#### Schäpfer: Dr. Spöck:

Der eine Zweck der Finanzreform, eine feste Grenze zwischen den Finanzen des Reiches und der Einzelstaaten zu ziehen, ist nicht erreicht, weil das Haus auf die Bindung der Matrifikularbeiträge nicht eingegangen will. Infolgedessen bleibt die Grenze flüchtig. Bezüglich der ungedeckten Matrifikularbeiträge hatten wir vorgeschlagen, sie in den nächsten fünf Jahren als Bedarf einzuführen und sie dann allmählich zu beenden. Die Kommission ist der Meinung, daß die Abschaffung aller Schulden auf längere Zeit verteilt werden soll. Ich bin dem Herrn v. Camp dankbar, daß er durch seinen Antrag die Tilgungsarbeiten auf das Reich übernehmen will. Sonst wäre eine Erhöhung der Matrifikularbeiträge nötig gewesen. Die Verhandlungen über diesen Punkt haben gezeigt, daß eine solche Erhöhung für die kleineren Einzelstaaten die größten Bedenken für sich hat.

#### Vgl. Dr. Pasche (Str. Sp.):

Ich möchte der Vorstellung entgegenzutreten, die nach Dr. Pasches Rede entstehen könnte, als ob die verbundenen Regierungen die Rolle des vernünftigen Mannes übernahmen, wenn sie in das laubdünne Joch der neuen Mehrheit gingen, wenn sie Steuern zumuteten, die selbst der preussische Handelsminister höchst mangelhaft genannt hat. (Geht richtig! links.) Ich will im Gegenteil feststellen: hier regieren die Regierungen nicht mehr, sie lassen sich regieren. Die verbundenen Regierten (Beifall) und Geht gut! links.) haben deshalb auch keinen Anlaß, sich über Einzelheiten der ihnen aufgeworbenen Geleise zu beklagen. Es freut uns, daß bei den Matrifikularbeiträgen die Bindung nach oben und unten möglich ist. Wir bekommen dadurch das System der ungedeckten Matrifikularbeiträge, und wir begreifen dieses System, da wir in den Matrifikularbeiträgen den Anfang des Systems direkter Reichsteuern sehen. Hierauf wird die Sitzung um 6½ Uhr bis 8½ Uhr abends unterbrochen.

## Friedliche „deutsche Invasion“ in England.

Unter dieser Überschrift erhält der „Tag“ folgenden interessanten Bericht aus London, 8. Juli:

Dreierlei Besuch aus Deutschland wird augenblicklich in dem gastlichen England: die „Wanderzüge“ oder „Boy Scouts“, wie sie hier genannt werden, einige zwanzig Knaben, ferner neunzig Mitglieder der Deutschen Gesellschaft für Gartenbau und 200 Mitglieder der „Gartenstadt-Gesellschaft“.

Die „Wanderzüge“, die gestern bei strömendem Regen in Emdenburg landeten, werden von den englischen Blättern als frische deutsche Jungen beschrieben, die das Mäntelchen auf dem Rücken tragen, während man eine Fiedel oder Mandoline, mit bunten Bändern geschmückt, vorzüglich unter dem Mantel borg. Die schottischen Boy Scouts waren in großen Scharen ausgezogen, um die deutschen Kameraden zu empfangen. Sie nahmen sie samt der deutschen Flagge in ihre Mitte und, eine Kapelle langbelegter Pfeifer voraus, ging der Marsch durch Scottlands Hauptstadt. Trotz des strömenden Regens fanden die Leute auf den Straßen still und brachten den jungen, deutschen Gästen ein herzlich willkommen da. Dem „Express“ wird aus Emdenburg telegraphiert, die hochgewachsenen jungen Deutschen hätten einen vorzüglichen Eindruck gemacht. „Wenn man bedenkt, daß es Ausländer sind“, gab ein dimittierter Boy Scout sein Urteil ab, „man mag zugeben, daß sie gar nicht übel aussehen.“ „Diese Bräutchen könnten unsere Jungen brauchen“, sagte sein Papa. „Sechs Wochen dauerte der Marsch durch die Stadt“, fährt daselbe Blatt fort, „aber die jungen Deutschen, obwohl sie 20 bis 30 Pfund Gepäck trugen, schienen das gar nicht zu spüren. Manana, wenn die Pfeifer schwiegen, jangen sie ein deutsches Lied. Im Hauptquartier der Boy Scouts nahmen sie den Tee ein, abends waren sie beim Deutschen Klub zu Gaste. Morgen ziehen die Wanderzüge nach Girdling.“

Die Mitglieder der Deutschen Gesellschaft für Gartenbau besuchten gestern die Blumenausstellung in Holland House und waren später zu einem Mittagessen veranlaßt, in dessen Verlauf die Gartenkunst der englischen Wirte mit viel schönen Reden gepriesen wurde. Unter den Gästen befanden sich die Direktoren verschiedener deutscher botanischer Gärten und zwei Damen.

Die deutsche Gartenstadt-Gesellschaft begann ihre englische Tour mit dem Besuche des Musterdorfes Newarswick bei York. Der Gemeinderat von York machte es sich zur Ehre, den Wir zu zieren. Der Vorredner des Komitees während des Festes ein Telegramm folgenden Inhalts, das großen Entzückung hervorrief: „Der König befehligt mir, Sie zu bitten, Ihren deutschen Gästen Er. Majestät beste Wünsche zu ihrem Besuche in England auszudrücken. Halbdane.“ Auch der Premierminister und der Erzbischof von York sandten Glückwünsche. Die Gäste reisten abends nach Manchester ab.

## Deutsches Reich.

### Das Ende der Besoldungs-Beratungen.

Die Budgetkommission des Reichstages hat ihre Beratungen über die Besoldungsreform am Donnerstag zu Ende

geführt. So wie die Kommission beschloß hat, zum Teil leider unter Ablehnung liberaler Anträge, wird die Besoldungsreform durchgeführt werden: die Regierung und der schwarze Block sind sich völlig einig.

Bei den Intendanturen beantragte erklärte sich der Schatzsekretär nur mit einer Zulage von 150 Mark einverstanden. Ein jedes Weitere sei unannehmbar. 30 v. H. der Bureaubeamten — nicht 8 v. H., wie aus der Kommission überhaupt wurde — kämen in Besoldungsstellen. Der Antrag, die Zulage auf 300 Mark festzusetzen, wurde gegen Nationalliberale, Freireinige, Wirtschaftliche Vereinigung, sowie ein Mitglied des Zentrums und der Reichspartei abgelehnt. Auch im übrigen wurden die Kompromissanträge unter Ablehnung von Anträgen der Nationalliberalen und Freireinigen, für die fast durchweg auch die Wirtschaftliche Vereinigung stimmte, durch die Mehrheit von Konservativen, Reichspartei, Zentrum und Polen angenommen.

In einer dritten Lesung, die sich angeschlossen, wurden die Gehälter der Postbeamten,

die in der ersten und zweiten Lesung auf 1200 bis 1800 Mk. festgesetzt waren, auf 1150 bis 1700 Mark mit demselben Mehrheitsbesatz herabgesetzt.

Die Besoldungsordnungen II und IV für Meer und Marine wurden ohne Annahmen mit einer Befreiung der Zeug- und Feuerwerksleutnants im Wohnungsgeld, die mit Rücksicht darauf beschlossen wurde, daß es sich fast nur um verbeiratete Beamte handelt. Weiter wurde über die Besoldungsfrage verhandelt. Zunächst wurde eine Resolution einstimmig angenommen, wonach die Besoldungserhöhungen ohne Verzögerung zur Auszahlung gelangen sollen und die formelle Regelung in einem Nachtragset erst erfolgt, wenn der Reichstag im Herbst wieder zusammentritt. Bei der

#### Erörterung der Besoldungsfrage

betont der Schatzsekretär, daß die Finanzreform mit ihren etwa 500 Millionen nicht ausreicht, um die 17 Millionen, die der Reichstag bei der Beamtenbesoldung über die Regierungsverordnungen hinaus beschloß, zu decken. Der Schatzsekretär macht den Vorschlag, die Erhöhung der Mannschaftsgehälter mit ihrer Ausgabe von etwa 13 bis 14 Millionen Mark auf eine Reihe von Jahren zu vertagen.

Dieser Vorschlag wird aus der Kommission entschieden abgelehnt. Man erklärte sich mit einer Einschränkung um höchstens ein Jahr einverstanden. Die restlichen 3½ Millionen sollen durch Kürzung der Entgelte der Einzelstaaten aus der bisherigen Erbschaftsteuer gedeckt werden.

Von freireiniger Seite wird auch die Verschlebung auf einen Jahr für völlig unannehmbar erklärt, worauf der Schatzsekretär unter lebhaftem Beifall der Mehrheit erwidert, daß die Freireinigen große Erhöhungen der Beamtenbesoldungen verlangen, aber keine Einnahmen bewilligen, wogegen sie unter Hinweis auf die Erbschaftsteuer ebenlo lebhaften Widerpruch erheben. Für die Mannschaftsgehälter und Veteranenbesoldungen wird von konservativer, freireiniger und nationalliberaler Seite die Mehrheit erzielt.

Weiter die Besoldungsfrage fand zwischen den Mehrheits- und den Minderheitsparteien eine scharfe Auseinandersetzung statt. Schließlich wurde, mit einer Mehrheit von Konservativen, Reichspartei, Zentrum und Wirtschaftlicher Vereinigung eine Resolution beschlossen, wonach die

#### Erhöhung der Mannschaftsgehälter auf das nächste Jahr vertagt

und die verbundenen Regierungen aufgefordert werden, die hierfür erforderlichen 13 bis 14 Millionen in den nächstjährigen Etat einzufassen und gleichzeitig die Besoldungsordnungen einzubringen, soweit sich eine Deckung nicht aus Erparnissen herbeiführen lasse.

#### Zur Zweikaiserbegegnung.

Gegenüber den Meldungen über ein in nächster Woche bevorstehendes Zulammentreffen zwischen dem Kaiser und Zar Nikolaus in Kiel, gelegentlich der Reise des russischen Monarchen in die französischen Gewässer, wird mitgeteilt, daß der Besuch in Cherbourg erst für die allerletzten Tage dieses Monats in Aussicht genommen ist, wobei es noch ungewiß ist, ob die Zarin ihren Gemahl dorthin begleiten wird.

Falls der Gesundheitszustand der Kaiserin Alexandra die Reise zuläßt, erscheint es wahrscheinlich, daß die Zarin die Gelegenheit wahrnehmen wird, ihre Schwester, die Prinzessin Feodorich auf Schloss Himmelsmarck zu besuchen.

#### Der Postbesoldungsreform im ersten Halbjahr.

Die Zahl der Konten bei den kaiserlichen Postämtern hat am 1. Juli 29 064 erreicht.

Abgesehen von dem bayerischen und dem württembergischen Postgebiet, hat es das Reichspostgebiet schon im ersten halben Jahre auf 20 000 Konten gebracht, während Ostpreußen nach einem Besuche von 23 Jahren es erst auf 80 000 Teilnehmer gebracht hat. 1895, nach zehnjährigem Besuche, hatte man in Ostpreußen über 28 000 Konten, also noch nicht so viel, als jetzt im Reichspostgebiet nach einem halben Jahre. Von den einzelnen Ländern hat die meisten Konten Berlin mit 5703, dann Köln 5374, Leipzig 5162, Frankfurt a. M. 2902, Breslau 2421, Hamburg 2316, Karlsruhe 2134, Hannover 1940 und Danzig 1112. Der Umlauf betrug in dem halben Jahre an Gutschriften über 1 733 Millionen, an Postbriefen 1 684 Mill.

#### Der neue Bauernbund.

Die Bauern des deutschen Ostens, Delegierte aus den übrigen Teilen des Reiches strömten in unierer Ostmark, und zwar in der alten polnischen Bischofsstadt Gnesen zusammen, um einen Bund zu gründen, der sich loszögert von der staaten Interessenspolitik des Bundes der Landwirte. Die Stellung der neuen Vereinigung zu diesem erweiterten Landwirt Hartes-Zeddenburg mit ungefähre folgenden Ausführungen: Der Bund der Landwirte hat seine Pflicht

verräumt, als er mit den Polen zusammen die Finanzreform machte. Die Partei gilt ihm und den Konserwativen mehr als das Vaterland. Die Reden des Grafen Westarp dokumentieren mehr als alles andere diese unparteiische Gesinnung. Der neue Reichstag hat uns keinen Beifall; da war der alte doch noch fester. In seinen protektiven wir und wünschen, daß unserer Volk möglichst bald Gelegenheit gegeben wird, ihm zu antworten. Der deutsche Bauer verlangt eine berufsmäßige, nicht reaktionäre Organisation.

Nachdem Johann Landwirt Reinde (Schlehen) über die erste große Ansehlererammlung vom 17. März d. J. berichtet und Bescherde darüber geführt hatte, daß die Presse des Bundes der Landwirte tendenziös über sie berichtet habe, führte er a. a. aus:

Der Vorstehende des Bundes der Landwirte für Polen, Major v. Enbell, hat bei jeder Gelegenheit die Interessen des Großgrundbesitzes vertreten, niemals aber die Interessen unserer Bauern. (Sehr richtig!) Man will uns unsere Rechte verkümmern, man will uns rechtlos machen. Man lete nur einmal die Verhandlungen des preussischen Landbesitzernotstandes, dort können wir die wahre Meinung unserer Freunde hören. Ich kann auch die genossenschaftlichen Einrichtungen des Bundes der Landwirte keineswegs mehr vorbildlich nennen. Wir haben es erleben müssen, daß ein konserwativer Abgeordneter in diesem Frühjahr unsere Ansehlereraktionen angegriffen hat. Es war dem W. W. K. in preussischen Abgeordnetenhaus vorbehalten, zu behaupten, die Ansehlereraktionen schädigten den Mittelstand, und er hat verlangt, daß die Gebete der Ansehler, die jetzt bei unserer Bank hinterlegt werden, bei der Behandlung in Berlin hinterlegt werden sollen. (Hört! hört!) Wir wollen keine große politische Führerrolle spielen. Wir werden uns keine Ehre machen, wie wir es tun, die Meinung ist, daß wir von unseren politischen Führern an der Kasse herumgeführt werden. (Sehr richtig und Beifall.) Wir wollen im neuen Bauernbund keine Politik treiben, aber es gibt eine Politik, die man Steuerpolitik nennt, und die greift sehr tief in das wirtschaftliche Leben hinein. (Sehr richtig! Zuruf: Ins Vortemomiale!) Da hat der Bund der Landwirte die Stellung eingenommen, gegen die wir durchaus vorgehen müssen. Die letzten Wochen waren sehr erregt. Der Bund der Landwirte hat ungeheuer gearbeitet, er hat alle Steuern bewilligt, nur die Erbschaftsteuer nicht. Die Erbschaftsteuer war die richtige Besteuerung, weil sie die großen Vermögen trifft. Der Bund der Landwirte hat es fertig gebracht, zu behaupten, diese Steuer sei eine prächtige Steuer. Also eine Steuer, die die Bauern nicht trifft, ist eine prächtige Steuer sein. (Hört! hört!) Nur die großen Vermögen werden getroffen und die Bauern werden irre geführt. (Sehr richtig!) Eine Steuer, die mich nicht trifft, ist niemals prächtig. (Sehr richtig und Beifall.) Der Bund der Landwirte hat mit der Sozialdemokratie zusammen gegen die Schutzzölle gestimmt. Durch sie übertriebenen, unüberführbaren Forderungen hat er treue konserwativer Männer von sich abgeholt. Mit schwerem Herzen verlor ich die Dinge im Reichstag. Wenn der Reichstag aufgelöst worden wäre, wir hätten unseren Gegnern eine furchtbare Waffe in die Hand gedrückt. (Sehr richtig!) Die vom Bund der Landwirte vorgeschlagenen Vermögensteuern belasten uns hier bis hinunter zu den kleinsten Erbschaftsteuern, es gehen nicht, wie wir es tun, die kleinen Steuerpolitik ist eine einseitige Interessenpolitik. Der Bund hat Geld, viel Geld, mit diesem Geld drückt er uns kleine Ansehlerer ein in die Hand. (Sehr richtig!) Deshalb haben wir den Ansehlererbund gegründet, und wir haben ihn später auf eine breitere Plattform gestellt. Wir haben den Bauernbund gegründet, der nicht nur Ansehler, sondern Bauern aus allen Gegenden Deutschlands umfassen soll. Der Bauernbund wird für Euch arbeiten, möge er wachsen, blühen und gedeihen zum Wohle des deutschen Vaterlandes. (Stürmischer Beifall.)

### Reichstagsabg. Wachhorst de Wente:

Was veranlaßt uns, den Deutschen Bauernbund gerade jetzt ins Leben zu rufen? Einmal und hauptsächlich die Angst, die berechtigte Angst, die wir haben, daß es nach unten geht, daß es abwärts geht mit agrarischen Gedanken. Wir fürchten, daß durch die extreme Politik des Bundes der Landwirte die breiten Schichten unseres Vaterlandes, die bisher der Landwirtschaftsreform gegenüber standen, sich allmählich von uns abwenden. Der zweite Grund, aus dem heraus wir den Bauernbund gründen, ist der, daß es viele Bauern gibt, die nicht mehr auf das konserwativ-reaktionäre Programm schwören. Es gibt manchen deutschen Bauern, der sich von früher her ein gewisses freiheitliches Gefühl bewahrt hat, der nicht gern in Organisationen hineingeht, in denen er bedrückt wird. Alle Berufsstände organisieren sich ohne Rücksicht auf parteipolitische Ansichten. Sollen wir deutsche Bauern nicht dasselbe tun? (Sehr richtig!) Wenn wir die deutschen Bauern aus Ost und West, aus Nord und Süd in eine geschlossene Phalanx sammeln, alle, die noch ein Gefühl für die Interessen der Landwirtschaft haben, so leisten wir damit ein eminentes Stück Kulturarbeit. (Stürmischer Beifall.) Dann werden wir auch erreichen, daß in den Parlamenten die Interessen der Kleinbauern besser vertreten werden als es heute geschieht. Die „Deutsche Tageszeitung“ warnt die Bauern davor, daß sie sich von den Liberalen einlangen lassen. Auch ein liberaler Mann kann und wird ebensogut die Interessen unseres Bauernstandes vertreten können, als irgend ein Konserwativer. (Beifall.) Wie ist es denn in der letzten Zeit gelaufen, als es sich um die Reichsfinanzreform handelte? Alle direkten Steuern ließ man fallen, während man die breiten Massen mit indirekten Steuern belastet. Wenn die Reichsfinanzreform zustande kommt, ohne direkte Steuern, dann können die sozialdemokratischen Agitatoren von Stadt zu Stadt ziehen und es den Wählern sagen, daß die Vertreter der Nation wieder einmal den Armen alles aufbürden, während sie die Reichen reich machen. Dann werden die nächsten Reichstagswahlen hundert Sozialdemokraten bringen. Dem wollen wir vorbeugen. (Zuruf: Kotierungsteuer!) Die Kotierungsteuer wird zur Folge haben, daß der Zinsfuß um 4 Prozent steigt und darunter werden vor allem die Bauern leiden. Die Erbschaftsteuer war die beste Steuer, weil sie die Großen treffen sollte. Am heutigen Tage sollten wir aus dieser zahlreich besuchten Bauernversammlung heraus energisch Protest einlegen dagegen, daß die konserwative Fraktion und konserwativer Männer, die hier von deutschen Männern gewählt sind, ein Bündnis mit den Polen eingehen. (Stürmischer Beifall.)

Auch Landtagsabgeordneter Wamhoff (Osnabrück) sprach sich über die Erbschaftsteuer aus. Er behauptete gleichfalls, daß die konserwativer Partei einen Pakt mit Zentrum und Polen gemacht habe. Ein Antrag des Landwirts Müller (Rastbach), ein den Fürsten Willow ein Danzetelegramm abzugeben, wird einstimmig angenommen.

Professor Heidenheim (Marienburg) sprach gegen die heutige ungerechte Zusammensetzung der Reichstages, besonders in Ost- und Westpreußen, wo der Großgrundbesitzer überwiegt, und wandte sich gleichfalls scharf gegen das Bündnis mit den Polen.

Ein Bündlerischer Redner, der, nebenbei gesagt, stürmischen Widerspruch in der Versammlung selbst fand, verbreitete die Mär, die Freizügigen seien gegen das Viehwirtschaftsgesetz gewesen. Demgegenüber darf und muß hervorgehoben werden, daß die freizügige Fraktionsgemeinschaft für das Viehwirtschaftsgesetz gestimmt hat. Aus ganz besonderem Interesse für den kleinen und mittleren Bauernstand haben sich aber die freizügigen Abgeordneten eifrig bemüht, eine Anzahl lästiger Bestimmungen aus dem Gesetz auszumerzen und andererseits bei der Schabensprüfung eine Sachverständigenkommission zu erzielen, die aber bei der Regierung auf heftigen Widerstand stieß und keine Annahme fand. Die freizügigen Parteien haben sich in ihrer Fürsorge für den Schutz der Viehzüchtenden Bevölkerung noch nie von einer Partei übertrumpfen lassen und werden es auch in Zukunft nicht tun.

Auf das Judigungstelegramm des Deutschen Bauernbundes bei seiner Tagung in Gmeln ist vom Reichstagsabg. Fürsten Willow folgendes Danzetelegramm eingegangen: „Für Ihre telegraphische Begrüßung besten Dank. Die Stärkung des Deutschtums ist der Stolz und der Stolz der deutschen Landwirtschaft und Lebensbedingung unseres Volkes. Daran wird weder eine neue Gruppierung der Parteien noch ein Personenwechsel in der Regierung etwas ändern können.“ Reichstagsabg. Fürst Willow.

## Ausland.

### Die Kosten der allgemeinen Wehrpflicht in England.

Im englischen Parlament wurde ein Weißbuch veröffentlicht, das einen Überblick der Kosten enthält, die durch die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht verursacht würden. Die Summe beträgt 12070000 Pfund (= 260 Mill. Mark) pro Jahr und verteilt sich auf die Verwaltung und Einberufung mit 5500000, auf besondere Erweiterungen mit 6000000, Offizier- und Unteroffizierkorps mit 3000000 und verschiedenen Ausgaben mit 1200000 Pfund. Von diesen Beträgen gehen gewisse Erparnisse an Gebäuden ab, so daß sich die oberwähnte Gesamtsumme ergibt. Das macht über sieben Millionen mehr, als England jetzt jährlich für die Territorialarmee und die Reserven ausgibt. Weitere, allerdings nur einmalige, aber sehr bedeutende Unkosten würden die Beschaffung von Übungsplätzen und Kasernen verursachen.

### Aus Bosnien und der Herzegowina.

Wie die „Wiener Reichspost“ meldet, wurde der jetzige Landeskommandant General der Infanterie Pareschani in zum Statthalter von Bosnien und der Herzegowina mit weitgehenden Vollmachten ernannt. Das ihm bisher geführte Kommando des 15. Korps in Sarajewo wird General von Auffenberg erhalten. Das bisherige 18. Militärkommando in Jozia wird in das 18. Armeekorps umgewandelt und nach Moskau verlegt, so daß in Bosnien und der Herzegowina fünfzigste und zwei Armeekorps sein werden. Das 7. Armeekorps wird nur in Gebirgsbrigaden Verwendung finden.

### Von den persischen Unruhen.

Die nach Teheran entsandte russische Abteilung ist in Enfilé angekommen. In russischen diplomatischen Kreisen hält man die ev. Flucht des Schahs aus Teheran für einen großen Fehler. Man hält für wahrscheinlich, daß er sich in den Schutz der englischen oder russischen Gesandtschaft begeben wird. Dann wird er voransichtlich entronnt werden. Für seinen wahrscheinlichsten Nachfolger gilt Prinz Abdulkul. Falls die Staatsgewalt in die Hände des Nachtrahers Saradads fällt, sind große Wirren und Kämpfe unvermeidlich.

### Kleine Tagesnachrichten.

Der russische Handelsminister Timirjaseff beabsichtigt Ende dieses Jahres seinen Posten niederzulegen. Sein Nachfolger wird der jetzige Finanzagent in Berlin von Müller. Timirjaseff ist ein Diplomatenspieler. — Aus Moskau meldet der „Reich“ eine enorme Vergrößerung der Garnison. An Infanterie und Kavallerie werden insgesamt 22000 Mann dahin dirigiert. Auch eine große Anzahl von Waffen und Munition habe mitgeführt. Alle Neuankömmlinge werden von den Russen streng beobachtet.

## Halle und Umgebung.

### Neuerwerbungen für das städtische Museum.

Unser städtisches Museum erwarb „Das Treibhaus“ von Walter Bondy, das gegenwärtig in der Berliner Gasse ausgestellt ist.

### Das städtische Elektrizitätswert

erzeugte im April 523 344 Kilowatt. Davon gingen im Wert 136 110 Kilowatt und in den Rechen 34 222 Kilowatt verloren. Die Abnehmer verbrauchten 352 912 Kilowatt. Für Straßenbeleuchtung wurden 16 794 Kilowatt, für Beleuchtung überhaupt 171 035 Kilowatt und für Kraft 181 877 Kilowatt verbraucht. Im ganzen waren 52 238 Glühlampen, 2472 Bogenlampen und 1066 Motore mit 4770 Pferdekraften angegeschlossen.

### Ergänzungsprüfung für Lehrerinnen.

Bisher konnten die Lehrerinnen, die die Prüfung für Volksschulen bestanden hatten, durch Ablegung einer Ergänzungsprüfung in Deutsch, Englisch und Französisch die Befähigung zum Unterricht an Mittelschulen und höheren Mädchenschulen nachträglich erlangen. Vor etwa zwei Monaten wurde diese Freigängigkeit durch die Begründung aufgehoben, daß in Zukunft an Stelle der Ergänzungsprüfung die Mittelschullehrerprüfung tritt. Kürzlich ist nun eine neue Verfügung erschienen, die den alten Zustand bis zum Jahre 1913 wieder herstellt.

Im Viktoria-Hause des Botanischen Gartens blüht zurzeit eine zu der Familie der Aristolochiaceen gehörige Pflanze (Aristolochia grandiflora). Die Pflanze ist in den Tropen heimisch und wird hier in Warmhäusern kultiviert, gehört zu den Kaspflanzen und wird daher sehr von Insekten angefallen. Die Blüte erreicht eine Länge von 40—50 Zentimetern und eine Breite von 30—35 Zentimetern, ist wunderbar schön gefärbt und duftet unangenehm.

## Letzte Nachrichten.

### Wiedkehr der bayrischen Minister aus Berlin.

(Erkrankung Podewils). München, 8. Juli. Die Staatsminister Frhr. v. Podewils und Pfaff sind heute von Berlin zurückgekehrt. Herr v. Podewils ist, wie die „M. N. N.“ erfahren, erkrankt und wird sich deshalb nicht an das Hoflager des Prinzregenten begeben.

### Das Schicksal des Parfivalballons.

H. Frankfurt a. M., 8. Juli. Die ungünstige Witterungslage hat bis jetzt die Fahrt des Parfivalballons nach Frankfurt a. M. vereitelt. Auch heute konnte die Luftreise nicht angetreten werden. Wenn die Witterung auch morgen den Eintritt der Fahrt nicht ermöglicht, wird der Ballon per Bahn nach Frankfurt geföhrt.

### Ein Nachfolger Bülows?

München, 8. Juli. (Privattelegramm.) Der frühere deutsche Botschafter in Rom, Graf Monts, der sich in letzter Zeit in München aufhielt, ist heute früh nach Berlin abgereist.

### Typhus in Oberhessen.

H. Jaber, 8. Juli. Die Typhuserkrankungen nehmen einen besorgniserregenden Umfang an. Alle Vorsichtsmaßregeln sind getroffen.

### Bahnraub.

H. Wien, 8. Juli. Auf der Fahrt von Marienbad nach Jalicossna wurde dem Grafen Gustav Esaky eine Sandtasche mit Schmuckstücken im Werte von 14000 Kronen gestohlen.

### Verlauf einer internationalen Regelung der türkischen Frage.

H. Neapel, 8. Juli. Siebzehn türkische Delegationen sind hier per Schiff eingetroffen und begeben sich nach Frankfurt, England und Deutschland. Sie sollen die Parlamentarier dieser Länder interessieren für das Zustandekommen einer Art internationalen Parlaments, das die Aufgabe haben soll, die türkische Frage im internationalen Sinne zu regeln.

### Folgen der Unruhen von Adana.

Konstantinopel, 8. Juli. Der „Osmanische Völk“ erfährt von einem zurückgekehrten armenischen Deputierten, daß bei den letzten Unruhen in Bilajet Adana 19470 Menschen, darunter 17790 Armenier und nur 608 Mohammedaner getötet wurden. Die Zahl der verübten Verbrechen armenischer Wohnhäuser sei sechsmal größer als die der Mohammedaner. Das Kriegsgericht sei Partei. Der zu langjährigem Kerker verurteilte Metropolit von Adana sei für die Unruhen nicht verantwortlich.

### Der neue Gouverneur von Kreta.

Konstantinopel, 8. Juli. Der Staatssekretär der Finanzen, Costaki Panabani, wurde zum Gouverneur von Kreta ernannt. Es heißt, daß die Mächte diese Ernennung befähigen werden.

### Zur Regelung der türkischen Wirtschaftspolitik.

H. Konstantinopel, 8. Juli. Da die internationale Finanzkommission in Saloniki auf Grund der Einigung der Länder mit den Mächten Anfang August zu funktionieren aufhört, übernimmt die Türkei den bisherigen englischen Delegierten Guanes, den italienischen Morissa und den französischen Delegierten Steeg als Finanzbeirat in ihren Dienst.

### Hausbrand in Berlin.

H. Petersburg, 8. Juli. In diplomatischen Kreisen verlautet, daß die Regierung bei der Warte Vorlesungen erfahren habe, weil die türkischen Konsuln in Berlin die türkischen Unterhändler und ihren Schutz gewähren. Der Befehlshaber der russischen Schutztruppen wurde angewiesen, strenge Neutralität zu beobachten und die aktive Unterstützung Sultans zu unterlassen.

### Anwetter in Amerika.

H. Newyork, 8. Juli. Bei den Wolkensbrüchen in Missouri sind elf Personen in den Fluten umgekommen.

### Unterhaltungsblatt.

Das Glück von Monte Carlo. Roman von Heinrich Heine. — Das Liebesbrot. Humoreske von Fonta. — Bunte Zeitung. — Literatur.

Leitung: Wilhelm Geörg. (Anzeigen: Eugen Brinmann.)

Verantwortlich für den politischen Teil: H. Eugen Brinmann; für „Ausland“, „Letzte Nachrichten“ u. „Sport“: Erich Polow; für den total. Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, und Handel: Eugen Brinmann; für das Feuilleton und Vermischtes: Paul Schaumburg; für den Inseratenteil: Friedrich Endruhat; Druck u. Verlag von Otto Hendel. — Täglich in Halle a. S. — Diese Nummer umfaßt 8 Seiten. — einschließlich „Unterhaltungsblatt“.



